

7. 1914. 2 91



Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31302
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Dlasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Dauz-Roux: Stadthaus Dresden, Grotzschke Dlasewitz Nr. 656
Postfach-Roux: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Dlasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpönitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupostdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Dezer & Co., Dresden-Dlasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Gründl.: täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Wajungunden, Aus alter und neuer Zeit, Woben-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.—. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung, ob. Rückzahl. d. Leihgebühren. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Fr. eitel. Bei unvert. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die 8gepaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zinsenpreis in Anrechnung gebracht. Rabatanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontofür d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Dlasewitz, Loschwitzer Str. 4
88. Jahrgang

Nr. 229

Freitag, den 1. Oktober

1926

Der Abschluß des Eisenkartells

Deutschland und Frankreich haben Opfer gebracht, um die belgischen Eisenindustriellen für den Beitritt zu gewinnen. Die Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini als Einleitung einer italienisch-englischen Entente — Heute tritt die neue sächsische Kirchenverfassung in Kraft — Die Schwester des Berliner Juwelenräubers in Haft genommen

Trauerfeier in Germersheim

Der von dem französischen Leutnant Roucier getötete Arbeiter Emil Müller wurde gestern nachmittag unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt Germersheim und einer großen Anzahl von Leidtragenden aus der ganzen Pfalz zu Grabe getragen. Die Geschäfte waren während der Beerdigung geschlossen. Unter dem Geläut der Glocken der Germersheimer Kirchen beider Konfessionen und unter dem Klänge eines Trauermarsches setzte sich der tiefe Trauerzug langsam in Bewegung. Nach der Einsegnung der Leiche durch den katholischen Stadtpfarrer hielt der Regierungspräsident der Pfalz im Namen der bayrischen Staatsregierung eine Ansprache. Danach ergriff der erste Bürgermeister von Germersheim, Schmidt, das Wort. Er betonte, daß Müller auf dem Felde der Ehre gefallen sei, gefallen zu Ehren Deutschlands. Der Landtag: abgeordnete Ch. Frede teur Bern. gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Tod Müllers dazu beitragen möge, die pfälzische Heimat von fremder Besatzung zu befreien. — Die französische Besatzung zeigte sich während der Beerdigungsfeierlichkeiten nicht auf den Straßen der Stadt.

Und so etwas trägt den Offiziersrock

Zur Beurteilung des Täters, des Leutnants Roucier, stellt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß der Leutnant in Germersheim ein sehr wildes Leben geführt hat. Seine Wohnung sei ein förmliches Bordell gewesen. Gegen seine Quartiergeber, sehr anständige und angesehene Leute, habe er sich außerordentlich rüpelhaft, brutal und herausfordernd benommen. Alle Beschwerden und Klagen über das Benehmen Rouciers seien jedoch bei der französischen Besatzung ohne jeden Erfolg geblieben.

Zivilverbot für die Besatzung

Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee hat Blättermeldungen zufolge mit Rücksicht auf den Germersheimer Zwischenfall allen Besatzungsangehörigen im besetzten Gebiet das Tragen von Zivilkleidung verboten und gleichzeitig angeordnet, daß in den von Besatzungstruppen besetzten Orten des nachts bis auf weiteres ein jeder Patrouillengang in Verbindung mit den deutschen örtlichen Polizeibehörden eingerichtet werden soll, der sich besonders auf die Wirtschaften beziehen soll.

Französische Beklemmungen

Im Pariser Außenministerium ist man infolge der durch die Presse bekannt gewordenen Darstellung des Germersheimer Zwischenfalls, wie sie von den deutschen Behörden ausgegeben worden ist, erheblich beunruhigt. Man äußert die Befürchtung, daß die deutschen Angaben nicht entkräftet werden können und daß Deutschland tatsächlich berechtigten Grund dazu haben könnte, in der schärfsten Weise gegen die Besatzung zu protestieren.

Der Neuaufbau des europäischen Eisenmarktes

Der Anfang dazu

Der endgültige Vertrag über ein Eisenkartell zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg ist gestern in Brüssel abgeschlossen worden.

Nach der Regelung, die der jetzt zustande gekommene Eisenpakt vorsieht, erhält Belgien 12,58 Prozent der zur Verteilung gelangenden Gesamtproduktion, das sind 295 000 Tonnen von insgesamt 27 528 000 Tonnen. An weiteren Produktionssteigerungen bis zu 30 000 000 Tonnen jährlich nimmt Belgien zunächst nicht teil. Das Quantum wird vielmehr unter die anderen Teilnehmer prozentual aufgeteilt. Sinkt die Produktion unter den Anfangsstand, so wird die Quote gleichmäßig für alle beteiligten Länder herabgesetzt.

Der Sitz des Syndikats wird Luxemburg sein. Zum Präsidenten wurde Emil Mayrisch-Luxemburg gewählt.

Damit die Forderungen der belgischen Industriellen befriedigt und das Abkommen abgeschlossen werden

konnte, sind von Frankreich und Deutschland Opfer gebracht worden. In dem Vertrag ist der eventuelle Beitritt einiger weiterer Länder, wie Polen und der Tschechoslowakei, vorgesehen. Das Kartell ist auf fünf Jahre abgeschlossen worden.

Dürfen wir den Vertrag begrüßen?

Zum Abschluß des internationalen Eisenkartells bringt das „D. Z.“ einen Artikel eines führenden rheinischen Schwerindustriellen. Der Artikel hebt hervor, man dürfe annehmen, daß der Eisenpakt für alle Länder ohne Ausnahme große Vorteile bringe und das Anfangsstadium einer Belebung für den europäischen Markt bilden werde.

Reichswirtschaftsminister Curtius weist darauf hin, daß die Stahlindustriellen als verantwortliche Sachwalter der gesamten deutschen Wirtschaft insbesondere der eisenverarbeitenden Industrie, gehandelt haben. Der „Vorwärts“ sieht in der Tatsache, daß die Kapitalisten allein den Zusammenschluß vollzogen, eine Gefahr für die Arbeiterschaft.

England und Italien Arm in Arm

Die Bedeutung der Zusammenkunft von Livorno

Die „freundschaftliche Aussprache“

In London legt man nach den offiziellen Kommentaren, die Telegraphenbüros und Zeitungen zu der gestrigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini bringen, offenbar Wert darauf, diese Zusammenkunft als politisch bedeutungslos hinzustellen. Aber die große Bedeutung, die die italienischen Zeitungen dem Zusammenkommen der beiden Staatsmänner beilegen, läßt erkennen, daß ohne Zweifel hochpolitische Probleme den Gegenstand der Unterhaltungen bilden werden. Zweifellos ist nicht nur die Tangerfrage, sondern auch die Konferenz von Thoiry von den beiden Staatsmännern eingehend besprochen worden und wir werden damit zu rechnen haben, daß die Aussprache eine neue, überaus wichtige Etappe auf dem Wege zu einer Neugruppierung der Mächte in Europa einleitet. Inwiefern ist die Konferenz ohne Zweifel ein Gegenstand gegen Thoiry!

Was Italien für Gründe vorbringt

Nach den Darstellungen der Londoner Presse steht Italien auf dem Standpunkt,

daß es als Mitgarant des Paktes von Locarno eine verstärkte Verantwortlichkeit für jede Neuregelung der Rheinlandsfrage habe, obwohl es nicht selbst zu den Besatzungsmächten gehört. Italien befürchte auch, daß Deutschlands Ansprüche auf Kolonialmandate Gehör finden, während Italien den Vorrang bei der Vergütung irgendwelcher Kolonialmandate beansprucht. Schließlich könnte das Zustandekommen des deutsch-französischen Eisenkartells in Italien schwere Bedenken wecken.

Paris ist beunruhigt

In französischen diplomatischen Kreisen herrscht über die Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini eine gewisse Nervosität. Wenn man auch zunächst nicht mit sofort greifbaren Resultaten rechnet, so glaubt man doch, daß Mussolini, von dem die Initiative zu der Besprechung ausgegangen ist, sich dabei offenbar von dem Gedanken hat leiten lassen, die Beunruhigung, die die deutsch-französische Annäherung in England ausgelöst hat, zu einer Konsolidierung und Stärkung der internationalen Position Italiens auszunutzen.

Das Gold im Sparstrumpf

Der Zustrom der Gold- und Silberverkäufer bei der Bank von Frankreich dauert an. Man schätzt den Betrag, der bisher von

der Bank angekauften Münzen auf 100 Millionen Papierfrancs! Es wird angenommen, daß noch viel mehr Gold aus den Sparstrümpfen der Bayern und Ostbayerer zutage gefördert werden kann.

Die soziale Fürsorge in den Vereinigten Staaten und in Deutschland

Der amerikanische Arbeiter erhält — auch nach dem Kaufwert gemessen — im allgemeinen einen erheblich höheren Lohn als der deutsche. Will man aber die Lebenshaltung der Arbeiter in beiden Staaten miteinander vergleichen, so darf man nicht nur die Höhe der Löhne, sondern muß gleichermaßen auch die soziale Fürsorge, welche dem einzelnen Arbeiter zuteil wird, zum Vergleich heranziehen. Eine bundesgesetzliche Sozialfürsorge im Sinne der deutschen Sozialversicherung kennen die Vereinigten Staaten überhaupt nicht; sie bleibt auch verfassungsmäßig den Einzelstaaten überlassen.

Unserer Invaliden- und Angelegenheitsversicherung entsprechend haben in den Vereinigten Staaten einige Einzelstaaten — von 47 Staaten 5 — eine Altersversicherung eingeführt, allerdings mit der Einschränkung, daß die Versicherten für den Todesfall ihr ganzes Eigentum dem betreffenden Einzelstaate übereignen. Der Einzelstaat will sich auf diese Weise für die gemachten Ausgaben schadlos halten.

Eine Kranken- oder Arbeitslosenversicherung besteht in keinem Staate. Verschiedene Versuche von Einzelstaaten, sie zwangsweise einzuführen, haben zu keinem Ergebnis geführt. Für eine Arbeitslosenversicherung liegt zur Zeit auch kein Grund vor, da sie bei der guten Beschäftigung der Industrie praktisch nicht in Frage kommt und infolge der Einschränkung der Einwanderung, die überdies der Arbeitslage entsprechend jederzeit neu geregelt werden kann, in absehbarer Zeit auch kaum in Frage kommen wird. Dagegen ist in 42 Einzelstaaten die Entschädigung bei Berufsunfällen und Berufskrankheiten durch ein besonderes Entschädigungsgesetz geregelt.

Ist somit eine staatliche soziale Fürsorge für die Arbeitnehmer im Vergleich zu Deutschland, von der Unfallversicherung abgesehen, so gut wie nicht vorhanden, so nimmt allmählich die Zahl derjenigen Arbeitgeber zu, welche ihre Angestellten und Arbeiter bei privaten Gesellschaften gegen Unfall, Krankheit oder Leben versichern, zum Teil kostenlos, zum Teil gegen angemessene Beiträge der Versicherten. Zur Verbilligung werden hierfür die so genannten Gruppensicherungen gewählt. Bei welchen mindestens 50 Arbeiter oder Angestellte einer Firma auf den Namen des Arbeitgebers versichert werden müssen. Nach einer Auffstellung der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ haben zur Zeit etwa 1200 Arbeitgeber, die rund 3 Millionen Angestellte beschäftigen, auf dieser Grundlage Lebensversicherungen in Höhe von 4 1/2 Milliarden Dollar, also rund 18 Milliarden Mark, und 81 Unternehmern mit etwa 500 000 Arbeitnehmern Versicherungen gegen Krankheit und Unfall — zumeist nur gegen Schäden außerhalb der Arbeitstätigkeit — abgeschlossen. Wenn man bedenkt, daß in den Vereinigten Staaten gegen 117 Millionen Menschen wohnen, so spielt auch die private soziale Fürsorge durch die Arbeitgeber bei nur 3 1/2 Millionen Versicherten vorläufig eine